Klima Allianz Deutschland

Forderungen der Klima-Allianz Deutschland für die Koalitionsverhandlungen

Aufbruch in eine klimaneutrale und gerechte Zukunft

Inhalt

EINFÜHRUNG

Aufbruch in eine klimaneutrale und gerechte Zukunft 3

FORDERUNGEN

1. Für eine sozial gerechte Energiewende 4
2. Für klimaneutrales und sozialverträgliches Wohnen 5
3. Die sozial-ökologische Mobilitätswende einleiten 6
4. Für eine wirksame und sozial gerechte CO_2-Bepreisung 7
5. Für eine klimaneutrale Wirtschaft mit Guter Arbeit 8
6. Klimaschädliche und sozial ungerechte Subventionen abbauen 9
7. Investitionen in die sozial-ökologische Wende vorantreiben 10
8. Für eine soziale und ökologische Agrarwende 11
9. Kommunale Daseinsvorsorge und Klimaschutz 12
10. Deutschland an die Folgen der Klimakrise anpassen 13
11. Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz 14
12. Für mehr internationale Verantwortung und Solidarität 15
13. Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken 16

AUFBRUCH IN EINE KLIMANEUTRALE UND GERECHTE ZUKUNFT

Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr Klimaschutz und eine gerechtere Politik. Das hat das Ergebnis der Bundestagswahl deutlich gezeigt. Die neue Bundesregierung hat die Chance, den Aufbruch in eine klimaneutrale und solidarische Wirtschafts- und Lebensweise zu gestalten. Und sie kann dafür sorgen, dass Deutschland seiner Verantwortung gegenüber den Ländern des Globalen Südens gerecht wird.

Die nächste Bundesregierung muss die im Pariser Klimaschutzabkommen gefassten Beschlüsse zur Begrenzung der Erderhitzung auf möglichst 1,5 Grad Celsius umsetzen sowie die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 erfüllen. Das gelingt mit einer gerechten Klimaschutzpolitik, die Treibhausgasemissionen effektiv, schnell und planbar reduziert und so die Freiheitsrechte unserer und der nächsten Generationen sichert. Sie garantiert zukünftige Beschäftigungsperspektiven, reduziert wirksam – global wie national – soziale Ungleichheiten, baut den Schutz von Menschenrechten aus und treibt den Aufbau einer inklusiven und geschlechtergerechten Gesellschaft voran.

Es ist Zeit, die ökologische und soziale Transformation gemeinsam voranzutreiben. Denn unter den Folgen der Klimakrise leiden zuerst und am stärksten einkommensschwache Gruppen, Menschen ohne Zugang zu Bildung, Frauen, Kranke, Ältere und Kleinkinder, sowie zukünftige Generationen und insbesondere arme Menschen im Globalen Süden. Gleichzeitig sind die reichsten 10 Prozent in Deutschland, zu denen rund 8 Mio. Menschen zählen, für 26 Prozent der deutschen Emissionen verantwortlich.

Mit einem sozial-ökologischen Wandel, können wir die Erderhitzung eindämmen und unsere Gesellschaft gerechter gestalten. So bauen wir eine zukunftsfähige, resiliente und ressourcenschonende Wirtschaft mit Guter Arbeit auf, schaffen mehr Lebensqualität für alle und verringern die Kluft zwischen Arm und Reich. Das erfordert eine aktive Rolle von Staat und Politik. Der sozial-ökologische Wandel braucht einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, kombiniert mit einer klugen Förderpolitik, marktwirtschaftlichen Instrumenten und einer vorausschauenden Arbeits- und Sozialpolitik.

Für diese Ziele setzen sich die Klima-Allianz Deutschland und ihre über 140 Mitgliedsorganisationen aus der Mitte der Gesellschaft ein. Dazu haben wir folgende Vorschläge für einen Koalitionsvertrag entwickelt.

1. Für eine sozial gerechte Energiewende

Die erneuerbaren Energien sind die Grundlage für den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft. Der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien muss zur zentralen Aufgabe der neuen Bundesregierung werden. Die Kosten für deren Ausbau müssen gerecht verteilt werden, damit ein zukunftsfähiges, partizipatives, naturverträgliches und gerechtes Energiesystem entsteht, bei dem viele Menschen mitgestalten und profitieren können.

Dafür fordern wir:

- **Kohleausstieg bis 2030.** Strukturhilfen für die betroffenen Regionen und ein Anpassungsgeld für ältere Beschäftigte gestalten diesen sozialverträglich und sorgen dafür, dass neue Wertschöpfungsnetzwerke aus Energieversorgung, Industrie und Dienstleistung zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. Diese sollen tarifgebunden sein und den Kriterien Guter Arbeit entsprechen.
- Den **Zubau von erneuerbaren Energien** zu beschleunigen, mit dem Ziel, bis 2030 einen Anteil von mindestens 80 Prozent am Bruttostromverbrauch zu erreichen. Zudem ist eine Solarpflicht für Neubauten und bei Dachsanierungen notwendig.
- **Bürger*innen, Energiegemeinschaften und -genossenschaften, Stadtwerke und Kommunen müssen die Energiewende mitgestalten und finanziell von ihr profitieren können.** Dafür muss u. a. der Energieverbrauch aus eigenen erneuerbaren Energieanlagen sowie gemeinschaftlich betriebenen Anlagen vollständig von der EEG-Umlage befreit werden. Weiterhin braucht es einen Abbau der bürokratischen Hürden für die gemeinsame Produktion und Nutzung von erneuerbaren Energien.
- Die Freigrenze im Rahmen der Ausschreibungen im EEG muss auf 1 MW angehoben werden. Zugleich müssen Akteure der Bürger*innen-Energie im Rahmen der Ausschreibungen wirksam privilegiert werden.
- **Energieeinsparung ist die Voraussetzung für eine naturverträgliche, kostengünstige, rohstoffarme und sozial gerechte Energiewende.** Die zahlreichen Privilegierungen von Industrieunternehmen, wie z. B. die Befreiung von der EEG-Umlage oder hohe Rabatte auf Netzentgelte, verhindern in vielen Fällen die Umsetzung von Einsparungsmaßnahmen und wirken sozial ungerecht. Daher müssen sie stark reduziert werden. Vorteile für Unternehmen sind nur bei wirksamen Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen möglich. Außerdem müssen energiesparende und langlebige Produkte in allen Sektoren zum Standard werden.
- Ausbau von **kostenlosen Beratungs- und Weiterbildungsangeboten für Verbraucher*innen**, damit diese energiesparende Entscheidungen treffen können.
- **Energie muss für alle bezahlbar sein** und Energieeffizienz allen ermöglicht werden. Deshalb müssen existenzsichernde Sozialleistungen erhöht und faire Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden.
- **Die Chancen der Digitalisierung für die dezentrale Energiewende müssen besser ausgeschöpft werden.** Dafür ist z. B. eine Ausweitung der Prosuming- und Energy-Sharing-Communities in Bürger*innenhand sowie die Förderung digitaler Sensor- und Regelungstechnik notwendig. Gleichzeitig fordern wir strenge Mindesteffizienzstandards für Rechenzentren und Anwendungen.

2. Für klimaneutrales und sozialverträgliches Wohnen

Klimagerechtes Wohnen ist auch eine soziale Frage. Einkommensschwache Menschen leben meist in schlecht isolierten Häusern und leiden oft unter hohen Energierechnungen. Diese Gebäude müssen dringend energetisch saniert und mit klimaneutralen Heizungssystemen ausgestattet werden. Das ist nur dann möglich, wenn Klimaschutz mit einer fairen und konsequent gemeinwohlorientierten Wohnungs- und Mietenpolitik verknüpft wird.

Dafür fordern wir:

- **Eine drastische Steigerung der Sanierungsquote im Gebäudebereich.** Die öffentliche Förderung muss dafür deutlich aufgestockt werden, gleichzeitig wird die Aufstellung eines gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplans benötigt – alles unter der konsequenten Umsetzung des Prinzips „Efficiency First“. Besonders für die nach 1945 bis Mitte der 70er Jahre gebauten Stadtviertel bieten sich Quartierslösungen an.
- Den **Einbau von Ölheizungen schnellstmöglich zu verbieten**, nicht erst ab 2026, und gleichzeitig die Verwendung von fossilen Gasheizungen auf eine Übergangsphase zu begrenzen.
- **Energetische Sanierungen sowie der Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme** – immer häufiger sind hier Wärmepumpen das Mittel der Wahl – **müssen für die Mieter*innen warmmietenneutral sein**. Zusätzlich müssen soziale Härten aufgefangen werden.
- Eine deutliche Absenkung und **perspektivische Abschaffung der gesetzlich erlaubten Modernisierungsumlage**. Gleichzeitig sollten Eigentümer*innen direkt von staatlicher Förderung profitieren und diese nicht mehr länger auf die Modernisierungskosten anrechnen müssen.
- Der CO_2-Preis muss so gestaltet werden, dass er eine klimafreundliche Lenkungswirkung entfaltet. **Daher muss die komplette Weitergabe der zusätzlichen Kosten durch den CO_2-Preis an die Mieter*innen beendet werden (s. dazu auch Kapitel 4).**
- Den Mieter*innenschutz zu erhöhen und **den sozialen Wohnungsbau zu fördern**, möglichst in öffentlicher, genossenschaftlicher oder gemeinwohlorientierter Hand. Dabei muss sichergestellt werden, dass der Flächen-, Ressourcen- und Energieverbrauch möglichst gering ist.

3. Die sozial-ökologische Mobilitätswende einleiten

Wir brauchen eine Verkehrspolitik, die sich klar am Ziel einer sozial-ökologischen Mobilitätswende ausrichtet. Wir müssen die aus Klimaschutzsicht notwendige Verschiebung der Verkehrsmittelwahl vom privaten Pkw hin zu einer effizienten Ausnutzung des Umweltverbundes aus Fuß-, Rad-, Schienen- und Busverkehr vorantreiben und eine inklusive, geschlechtergerechte Stadt-, Landes- und Verkehrsplanung aufbauen. Insbesondere in Städten kann dies schnell gelingen.

Dafür fordern wir:

- Eine **Investitionsoffensive** für die klimafreundliche und flächendeckend barrierefreie Infrastruktur des Umweltverbundes.
- Ein **Bundesmobilitätsgesetz**, das den Rahmen für eine klima-, umwelt- und sozialverträgliche Mobilität für alle setzt.
- **Ein attraktives ÖPNV-Angebot in Stadt und Land**, das durch höhere Taktdichte und Mindestbedienstandards konkurrenzfähig zum motorisierten Individualverkehr sowie im Rahmen des Deutschlandtaktes optimal mit dem Fernverkehr verzahnt ist. Alternativen zum motorisierten Individualverkehr müssen insbesondere dort geschaffen werden, wo sie bisher fehlen, z. B. im ländlichen Raum. Die Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Eisenbahnstrecken sollte zügig vorangebracht werden.
- Ein **Tempolimit** auf Autobahnen (120 km/h), Landstraßen (80 km/h) und in den Städten die Regelgeschwindigkeit von 30 km/h.
- Die **Umsetzung des Leitbilds der „Guten Arbeit" in der gesamten Mobilitätswirtschaft**, das bedeutet hohe Sozialstandards sowie sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit Tarifbindung.
- Höhere und langfristige Finanzierungszusagen von Bund und Ländern, die die Kommunen in die Lage versetzen, ein besseres Angebot, günstige Ticketpreise sowie die **Teilhabe von Menschen mit geringeren Einkommen** zu garantieren.
- Steuern und Abgaben im Verkehrsbereich sind sozialverträglich am Verursacherprinzip auszurichten, um Anreize für eine klimagerechte Mobilität zu geben. (siehe dazu auch Kapitel 6)
- Die Zukunft des motorisierten Individualverkehrs ist elektrisch. Gleichzeitig muss der Pkw-Verkehr deutlich reduziert werden. **Um dies zu beschleunigen, ist ein zeitnaher Zulassungsstopp für den Verbrennungsmotor notwendig.** Der für die Elektrifizierung notwendige Import von Rohstoffen muss verpflichtend an menschenrechtliche, soziale und umweltbezogene Vorgaben geknüpft werden. Zusätzlich muss die Sammel- und Recyclingquote für Batteriestoffe deutlich erhöht werden. (siehe dazu auch Kapitel 5)

4. Für eine wirksame und sozial gerechte CO_2-Bepreisung

Eine klug gestaltete CO_2-Bepreisung kann soziale Gerechtigkeit und effektiven Klimaschutz miteinander verbinden. Das aktuelle Modell der CO_2-Bepreisung über einen nationalen Emissionshandel für die Sektoren Verkehr und Wärme erfüllt diese Bedingungen jedoch nicht, da es aufgrund des niedrigen Preisniveaus weder eine ausreichende ökologische Lenkungswirkung entfaltet, noch ausreichend sozial gerecht ausgestaltet ist.

Dafür fordern wir:

- Einen höheren und **schneller ansteigenden CO2-Festpreis** für eine starke ökologische Lenkungswirkung.
- Der CO_2-Preis muss Teil eines **Instrumentenmixes** sein, damit sozial belastende Preisentwicklungen verhindert werden können. Das kann erreicht werden durch eine kluge Kombination von ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Emissionsminderung sowie die finanzielle Förderung von emissionsarmen Alternativen und (staatlichen) Infrastrukturinvestitionen.
- Die Absenkung der EEG-Umlage ist mittel- und langfristig nicht ausreichend, um sozialen Ausgleich herzustellen. **Wir fordern einen sozial gerechten Ausgleichsmechanismus, der garantiert, dass die Einnahmen aus dem CO2-Preis, die von privaten Haushalten stammen, an die Bürger*innen zurückgegeben werden.** Besonders geeignet ist dafür eine Pro-Kopf-Pauschale, von der ärmere Haushalte überproportional profitieren. Denn wer unterdurchschnittlich Energie verbraucht, emittiert auch weniger CO_2, so dass Geringverbraucher*innen in Mehrpersonenhaushalten in der Summe mehr Geld erstattet bekommen, als sie eingezahlt haben. Gleichzeitig bleibt die Lenkungswirkung erhalten, da die Nutzung fossiler Brennstoffe für alle teurer wird, gerade auch für die Vielverbraucher*innen.

5. Für eine klimaneutrale Wirtschaft mit Guter Arbeit

Eine klimaneutrale Wirtschaft sichert die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, erhält Wertschöpfungsketten und bildet das Fundament für nachhaltigen Wohlstand mit Guter Arbeit weltweit. Damit dieser Wandel gelingt, braucht es die Beteiligung der Beschäftigten, die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, Finanzhilfen für alle Wirtschaftssektoren sowie verlässliche politische Rahmenbedingungen zur Emissionsminderung.

Dafür fordern wir:

- Die Unterstützung der emissionsintensiven Grundstoffindustrie (z. B. Zementproduktion) bei der Dekarbonisierung durch staatliche Investitionen. Dazu müssen **Klimadifferenzverträge** eingeführt und durch eine Klimaumlage auf emissionsintensive Materialien gegenfinanziert werden. **Erneuerbarer Wasserstoff kann zum klimaneutralen Umbau der Industrieproduktion beitragen und Arbeitsplätze sichern.** Vorrangig sollte dieser aus deutscher und europäischer Herstellung stammen. Bei dessen Import muss sichergestellt werden, dass dieser zwingend sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien entspricht und die sozial verträgliche Transformation in den Exportländern unterstützt.
- **Die staatlichen Lenkungsinstrumente müssen strikt an Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.** Wir fordern, dass die neue Bundesregierung als Basis dafür das transformative Instrument der EU-Taxonomie nutzt.
- Unternehmen, die staatliche Förderung für den klimaneutralen Umbau erhalten, müssen die **Tarifbindung und Mitbestimmung stärken**, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in den Unternehmen umsetzen und zudem verpflichtet werden, Beschäftigungsverhältnisse wie ausufernde Werkverträge, Subunternehmerketten und Leiharbeit einzudämmen.
- Die **Transformation der Wirtschaft ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen** und muss partizipativ gestaltet werden. Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft sollten gleichberechtigt beteiligt werden, damit Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik gemeinsam diskutiert und Blockaden im Strukturwandel überwunden werden können.
- Die **Qualifizierung von Fachkräften**, den Ausbau von Weiterbildungsangeboten und die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen, um den Fachkräftemangel im Handwerk, in der Baubranche und in der Energiewirtschaft entgegenzuwirken. Deshalb muss, analog zum beschlossenen Anpassungsgeld für ältere Beschäftigte, für jüngere Beschäftigte in Kohlekraftwerken eine Neu- oder Weiterqualifizierung ermöglicht werden. So werden gut qualifizierte Beschäftigte aus der Energiewirtschaft im Arbeitsmarkt gehalten.
- Die **Umsetzung einer wirksamen Kreislaufwirtschaft in allen Branchen und Sektoren**. Dazu müssen der Verbrauch von Primärrohstoffen reduziert und Aspekte wie Recycling, Langlebigkeit und ökologisches Produktdesign als klare Anforderungen formuliert und gesetzlich geregelt werden.

6. Klimaschädliche und sozial ungerechte Subventionen abbauen

Mit dem Abbau aller klima- und umweltschädlichen Subventionen besteht für die neue Bundesregierung die Chance, für effektiven Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Das Umweltbundesamt beziffert die klima- und umweltschädlichen Subventionen auf knapp 60 Mrd. Euro pro Jahr. Ihr CO_2-Einsparpotenzial liegt insgesamt bei ca. 100 Mio. t pro Jahr. Diese Subventionen fördern klimaschädliches Verhalten und wirken kontraproduktiv zu Förderprogrammen für den Klimaschutz. Sie verteuern damit den Klimaschutz für alle. Gleichzeitig fördern diese Mittel oftmals die soziale Ungleichheit: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nehmen etwa ein Drittel des gesamten Subventionsvolumens in Anspruch. Vordringlicher Handlungsbedarf besteht daher beim Dienstwagenprivileg, bei der Entfernungspauschale und der Förderung internationaler Flugreisen.

Daher fordern wir:

- Die **Abschaffung des Dienstwagenprivilegs** mit einem jährlichen Subventionsvolumen von 3 bis 5 Mrd. Euro, da es vor allem Pkw mit emissionsstarken Motoren fördert. Zudem profitieren überwiegend Männer mit überdurchschnittlichem Einkommen davon. Um den Abbau bis spätestens 2025 sozial gerecht und klimapolitisch wirksam zu gestalten, muss zunächst die pauschale Berechnung des geldwerten Vorteils erhöht und an den CO_2-Emissionen der Pkw ausgerichtet werden. Gleichzeitig müssen in dieser Legislaturperiode auf Unternehmensseite die steuerliche Absetzbarkeit und die Abschreibungsmöglichkeiten für Verbrenner zurückgefahren werden und dürfen ab 2025 nur noch für emissionsfreie Pkw zur Verfügung stehen. Ebenso gilt es, bis spätestens 2025 eine Steuerneutralität zwischen privaten Pkw und Dienstwagen herzustellen.
- Den **Umbau der Entfernungspauschale**, so dass sie klimafreundliches Mobilitätsverhalten fördert. Die jetzige Entfernungspauschale benachteiligt Geringverdienende. Denn von ihr profitieren vor allem Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen und langen Pendelwegen in suburbanen Räumen. Menschen ohne Arbeitseinkommen wie Rentner*innen oder Arbeitslose können die Entfernungspauschale gar nicht nutzen, sind von steigenden Kraftstoffkosten aber potenziell ebenfalls betroffen. Das Subventionsvolumen beläuft sich hierbei auf etwa 5 Mrd. Euro pro Jahr.
- **Ein Ende der Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flugreisen und das Ende der Energiesteuerbefreiung für Kerosin.** Durch beide Subventionen entgehen der Staatskasse jährlich über 12 Mrd. Euro und beide nutzen primär den einkommensstarken und „hypermobilen“ Bevölkerungsschichten.

7. Investitionen in die sozial-ökologische Wende vorantreiben

Um den ökologischen und sozialen Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen, sind enorme öffentliche Investitionen notwendig. Allein die Investitionslücke in Deutschland beim Klimaschutz wird für die kommenden 10 Jahre auf 460 Mrd. Euro geschätzt. Zusätzlich benötigen wir Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und wirksame Maßnahmen zur Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit.

Dafür fordern wird:

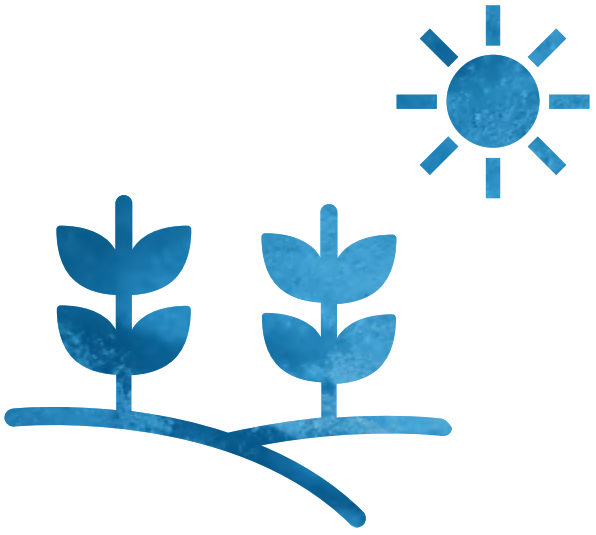
- Die Einrichtung eines umfangreichen **Klimaschutz-Fonds**, der sich aus dem Abbau der klimaschädlichen Subventionen, den Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel, der kompletten Neuausrichtung des Verkehrswegeplans und einer Vermögensabgabe speist.
- Die **Erhöhung von existenzsichernden Sozialleistungen** und die Förderung **fairer Beschäftigungsverhältnisse**.
- Die konsequente **Bekämpfung von Steuervermeidung und -betrug**, insbesondere durch transnationale Unternehmen.
- Eine Reform der Erbschaftssteuer, die **Besteuerung großer Vermögen** sowie die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen.
- Die Ausarbeitung und zeitnahe **Umsetzung einer Sustainable-Finance-Strategie für Deutschland** orientiert an den Empfehlungen des Abschlussberichts des Sustainable-Finance-Beirats. Ein klimafreundliches, nachhaltiges und sozialverträgliches Finanzsystem muss zu einem wichtigen Treiber für eine klimaneutrale und sozial gerechte Wirtschaft und Gesellschaft werden.

8. Für eine soziale und ökologische Agrarwende

Die Emissionen aus der Massen- und Intensivtierhaltung und dem Futtermittelanbau machen rund 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland aus. Hinzukommen die Emissionen, die durch den Futtermittelanbau im Globalen Süden entstehen. Zudem werden in der industriellen Landwirtschaft Umwelt-, Gesundheits- und soziale Aspekte weiterhin stark vernachlässigt. Die neue Bundesregierung muss den Umstieg auf eine klima- und umweltschonende Landwirtschaft durch klare Rahmenbedingungen und gezielte Investitionen vorantreiben und dafür sorgen, dass Bauern und Bäuerinnen davon gut leben können.

Daher fordern wir:

- Eine deutliche **Reduzierung der Tierbestände**. Bauern und Bäuerinnen müssen Angebote für die Umstellung auf tier- und umweltgerechte Haltungssysteme erhalten. Dafür muss die Tierhaltung an die Fläche gebunden werden.
- Investitionen in den **Ausbau des Ökolandbaus** und in regionale Wertschöpfungsketten sowie die Stärkung der Marktmacht der Erzeuger*Innen gegenüber dem Handel.
- Die nationale Umsetzung der GAP und gezielte Fördermaßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sich die Umstellung auf eine klimafreundliche und umweltschonende Landwirtschaft für die Bauern und Bäuerinnen lohnt.
- Über geeignete Maßnahmen **im Außenhandel, ist zu verhindern, dass landwirtschaftliche Ex- und Importprodukte zu Umwelt- und Sozialdumping bei uns und in anderen Ländern führen** (wie z. B. durch Zölle, die konsequente Anwendung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes)
- Staatliche Aufklärungsprogramme müssen den Verbraucher*innen verstärkt vermitteln, dass ein **reduzierter Konsum tierischer Produkte** wesentlich zum Gesundheits- und Klimaschutz beiträgt. Gleichzeitig muss die pflanzliche Ernährung gefördert werden.

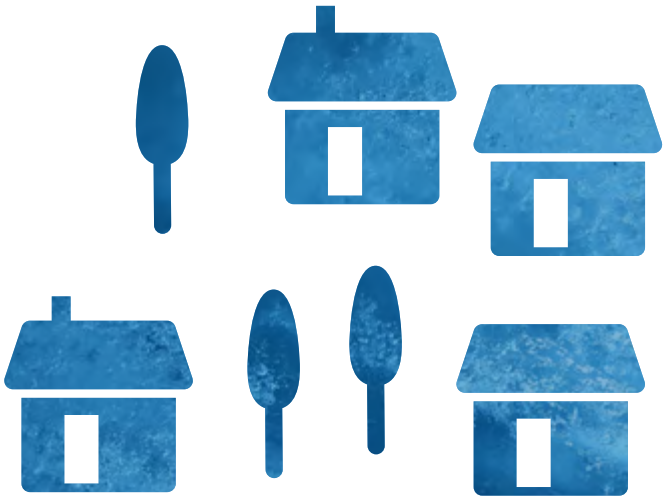


9. Kommunale Daseinsvorsorge und Klimaschutz

In den Städten und Gemeinden wird für die Bürger*innen in ihrer direkten Lebensumgebung die Notwendigkeit eines sozialverträglich gestalteten Klimaschutzes wie auch die Anpassung an den Klimawandel sichtbar. Hier erleben sie beispielsweise wie die Energie-, Wärme- oder auch Verkehrswende sich konkret vollzieht. Wenn das Ziel der Klimaneutralität gerecht zum Erfolg geführt werden soll, dann müssen Städte und Gemeinden Treiber des sozial-ökologischen Wandels werden. Derzeit sind die Mittel der Kommunen, um Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel als Daseinsvorsorge zukunftsfähig auszugestalten, begrenzt. Das muss sich ändern.

Dafür fordern wir:

- Bund und Länder müssen die **Kommunen personell und finanziell in die Lage versetzen, in allen Bereichen der Daseinsvorsorge wirksamen Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen umsetzen** und ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden zu können. Dies gilt besonders für benachteiligte, von Segregation betroffene Quartiere in Kommunen.
- Auf Bundesebene muss gemeinsam mit den Ländern geprüft werden, ob und wie in den Kommunen der **Klimaschutz und die Klimaanpassung als Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge** verbindlich verankert werden kann.
- Die **Beteiligung der Zivilgesellschaft vor Ort** zur Bereitstellung der Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge muss ausgebaut werden. Kommunalverwaltung, Planungsämter und die Städte- und Gemeinderäte sollten aktiv und interkommunal mit den Sozial-, Umwelt-, Gewerkschaftsverbänden, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sowie interessierten Bürger*innen Leitlinien für die sozial-ökologische Stadt- und Regionalentwicklung diskutieren und gemeinsam umsetzen.



10. Deutschland an die Folgen der Klimakrise anpassen

Die Flutkatastrophe im Juni hat deutlich gezeigt, dass die nächste Bundesregierung dringend für einen besseren Schutz vor den Folgen der Klimakrise sorgen muss. In den vielen Fällen, wo jetzt schon Risikolagen bekannt sind, sollten zügig Schutzmaßnahmen umgesetzt werden. Umfassende Maßnahmen sind notwendig, um unsere natürlichen Systeme, unsere Lebensgrundlage und die menschliche Gesundheit vor den unvermeidbaren Konsequenzen der Erderwärmung zu schützen. Ältere Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen sowie sozial Benachteiligte leiden besonders unter den Folgen der Klimakrise und brauchen dringend Unterstützung.

Dafür fordern wir:

- Um einen verlässlichen finanziellen und rechtlichen Rahmen für eine wirksame Klimaanpassung zu schaffen, ist ein **bundesweites Klimaanpassungsgesetz** notwendig.
- Der Katastrophen- und Hochwasserschutz muss besser organisiert und ausgestattet werden.
- Die **Renaturierung von Flüssen**, die **Entsiegelung von Flächen** und der klimaresiliente Umbau von Städten und Kommunen müssen konsequent vorangetrieben werden.
- **Verbesserung des Gesundheitsschutzes bei Neubau oder Renovierung von Gebäuden.** Menschen müssen nicht nur gegen Kälte, sondern immer häufiger auch gegen Hitze geschützt werden.
- Verbesserung des Gesundheitsschutzes durch die Stadtplanung. Es müssen **zusätzliche Flächen für Grünflächen und Luftschneisen** bereitgestellt werden, um die Zunahme von Hitzestaus in den Städten einzudämmen.
- Eine **konsequente Wassernutzungsstrategie**, die unter anderem den Grundwasserschutz, Beregnungsverfahren oder die Wasserspeicherung durch Fruchtfolgen adressiert.
- Den **Meeresschutz finanziell und personell besser auszustatten**, um die Senkenleistung der Meere zu erhalten und marine Ökosysteme zu schützen. Zudem müssen Meeresschutzgebiete effektiv gemanagt werden und ausreichend Nullnutzungszonen beinhalten.

11. Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz

Geschlechtergerechtigkeit und Klimagerechtigkeit sind eng miteinander verbunden. Menschen sind unterschiedlich von der Klimakrise und von klimapolitischen Maßnahmen betroffen – auch abhängig von ihrem Geschlecht sowie auch von anderen diskriminierungsrelevanten Aspekten, wie der sozialen Herkunft, der Betroffenheit von Rassismus, Ableismus oder Homophobie. Geschlechtergerechte Ansätze helfen dabei, effektivere Lösungsansätze für die Klimakrise zu finden und tragen dazu bei, die bestehenden Benachteiligungen zu verringern.

Dafür fordern wir:

- Die verbindliche **Anwendung einer genderbezogenen Folgenabschätzung** von Politiken und Maßnahmen (Gender Impact Assessment, GIA) auf allen Ebenen der Klimapolitik. In allen klimapolitischen Förderprogrammen sollen darüber hinaus Vorgaben und Bewertungskriterien verankert werden, die zur expliziten **Berücksichtigung von Genderaspekten** auffordern.
- **Wir fordern effektive klimapolitische Maßnahmen und Handlungsansätze, die bestehende Benachteiligungen nicht weiter verstärken und stattdessen helfen, sie zu verringern.** Dazu sind in Bezug auf Gender und Intersektionalität relevante quantitative und qualitative Daten zu erheben.

12. Für mehr internationale Verantwortung und Solidarität

Deutschland muss seiner Verantwortung gegenüber den Ländern des Globalen Südens bei der Bewältigung der Klimakrise und beim Aufbau klimaneutraler Strukturen sowie bei der Armutsbekämpfung gerecht werden und einen fairen Beitrag zur Klimafinanzierung leisten. Die Klimakrise ist dort am stärksten zu spüren und hat massive soziale Auswirkungen, besonders für Frauen sowie die ärmsten und marginalisierten Bevölkerungsteile. Die Bundesrepublik hat sich gemeinsam mit anderen Industrieländern dazu verpflichtet, die finanzielle Unterstützung für ärmere Länder für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen bis 2020 auf jährlich 100 Mrd. US-Dollar zu steigern.

Dafür fordern wir:

- **Die Maßnahmen im Inland müssen auf ihre globale und intergenerationale Verträglichkeit hin geprüft werden** und dürfen nur nach bestandener Verträglichkeitsprüfung freigegeben werden.
- Die **Erhöhung der Haushaltsmittel für internationale Klimafinanzierung** von derzeit 4 Mrd. Euro auf mindestens 8 Mrd. Euro im Jahr 2025. Davon müssen 50 Prozent für Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels bzw. die Bewältigung von Schäden und Verlusten verwendet werden. Ab 2025 sollte die internationale Klimafinanzierung auf eine Bedarfsorientierung umgestellt werden – und damit deutlich ansteigen. Diese Anhebung darf nicht mit den bestehenden Budgets der Entwicklungsfinanzierung verrechnet werden, sondern muss zusätzlich bereitgestellt werden. Ebenso dürfen Kredite zu marktüblichen Konditionen nicht als Klimafinanzierung im Rahmen der Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen ausgewiesen werden.
- Zusätzlich zu den bestehenden Vereinbarungen zur Klimafinanzierung muss sich die neue Bundesregierung für einen auf dem Verursacherprinzip basierenden **internationalen Fonds für die Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten in den Ländern des Globalen Südens** einsetzen.
- Den **Aufbau von tragfähigen Klimapartnerschaften** mit Ländern wie Indien, Südafrika oder Indonesien, um die Transformation zu beschleunigen und gleichzeitig große Teile ihrer Bevölkerung von Armut zu befreien sowie die gesamtgesellschaftliche Resilienz voranzutreiben. Auch für ärmere Länder des Globalen Südens sollten attraktive Kooperationsangebote entwickelt werden, die auf eine Infrastruktur mit 100-Prozent erneuerbarer Energie zielen. Dabei müssen die Menschenrechte entschieden geschützt und die Zivilgesellschaft an allen politischen Entscheidungsprozessen der Partnerschaften ernsthaft beteiligt werden.

13. Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken

Die Entwicklung und Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft setzt ein Verständnis über die drängenden ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen voraus. Menschen aller Generationen müssen zu transformativem Handeln ermutigt und befähigt werden, eine nachhaltige Gesellschaft partizipativ und solidarisch mitzugestalten. Daher fordern wir die neue Bundesregierung auf, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) als integralen Bestandteil hochwertiger Bildung anzuerkennen und fest in der Bildungslandschaft zu verankern.

Dafür fordern wir:

- Den Ausbau der strukturellen und **finanziellen Förderung zur Umsetzung des nationalen Aktionsplans BNE** und des UNESCO-Programms „Education for sustainable development for 2030“.
- Die Strukturelle **Verankerung von BNE in der nationalen Bildungspolitik** und in allen formalen, nonformalen und informellen Bildungsebenen.
- Die **Förderung der ganzheitlichen Transformation von Lern- und Lehrumgebungen** sowie der Kompetenzentwicklung von formalen und nonformalen Lehrkräften in Bezug auf BNE.
- Die Unterstützung von Jugendlichen im Umgang mit den Herausforderungen von Nachhaltigkeit und Klimakrise.

www.klima-allianz.de

Klima Allianz Deutschland

Impressum

Herausgeber
Klima-Allianz Deutschland
V.i.S.d.P.: Dr. Christiane Averbeck
Invalidenstr. 35
10115 Berlin
Tel.: 030.780 89 95-10
info@klima-allianz.de

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit über 140 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend, Soziales und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen. Weitere Informationen zur Arbeit der Klima-Allianz Deutschland finden sich unter

www.klima-allianz.de
www.facebook.com/klimaallianz
twitter @klima_allianz
Instagram @klima_allianz

Oktober 2021

©Fotos: Jörg Farys/ dieProjektoren.de (Titel); pixabay.de
Grafiken: thenounproject.com
Gestaltung: Adrienne Rusch/dieProjektoren.de